

23./III. 1919

19

Die Lebensmittelnot.

Von Matthias Ebersch.

Die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung Deutschösterreichs hat einen erschreckenden Tiefstand erreicht. Es soll ja auch in den anderen Nationalstaaten keinen Ueberfluß geben und man hört auch dort zeitweilig von fleischlosen Wochen, aber wir sind am Rande mit der uns seit 4 1/2 Jahren aufgezungenen Fähigkeit, zu entbehren. Am schlimmsten ist es mit der Ernährung der Wiener Bevölkerung bestellt. Kein Fleisch, die halbe Mehlsquote, die noch zur Hälfte mit Hafereis surrogiert wird, eine Kartoffelloterie mit Treffern von einem halben Kilogramm, die Zuckersüßholzwurde unzureichend, in Fett die halbe Ration, von Gemüse nur Kraut und Rüben, dazu keine Kohle, kein Licht und äußerst eingeschränkte Verkehrsgelegenheit: es ist ein wahres Martyrium, das der Wiener Bevölkerung auferlegt wird. Da die Unentrichtlichkeiten des täglichen Lebens erbitternd wirken, erscheint es begreiflich, daß in allen Tonorten über die Unzulänglichkeit der Funktion des Ernährungsamtes gellagt wird. Es muß ein Schuldiger gesucht werden, und das leichter ist, zu kritisieren, als besser zu machen, zieht das Ernährungsamt den Kürzeren. Man wache doch in den Pressestimmen nach brauchbaren Vorschlägen für die Reorganisation des Ernährungsamtes, man wird mit Ausnahme der Anregungen der sozialdemokratischen Presse keine finden.

Wir stehen vor einem Problem, das schwer lösbar ist, wenn uns nicht vom Ausland in zureichender Weise Hilfe wird. Die früheren Nationalstaaten und Ungarn sperren sich ab. Unzählige Verhandlungen mit diesen Staaten, wenigstens einen Austauschverlehr in die Wege zu leiten, haben wohl zu Vertragsabschlüssen geführt, aber die Menge der bisher eingeführten Nahrungsmittel ist ganz gering. Die Regierungen dieser Staaten suchen die wichtigsten Lebensmittel im Lande zu behalten, um ihre Bevölkerung reichlicher zu ernähren und die Lebensmittelpreise nach Möglichkeit niedrig zu halten. Die lange Dauer des Krieges hat auch die Agrarproduktion dieser Länder heruntergebracht, nationale Gegensätze erschweren die Betätigung der Hilfsbereitschaft und die Bürokraten und Händler dieser Staaten betrachten, wenn schon eine Ausfuhr bewilligt wird, Deutschösterreich als ein wehrloses Objekt internationaler Ausbeutung, Ungarn, das durch die Ententeentscheidungen in Aufruhr geraten ist, wird schwerlich in der nächsten Zeit verhandlungsfähig sein. Der durch unsere schlechte Wahrung so hohe Preis der Ententezuschüsse erschwert den Preisabbau. Dazu gibt es noch Kriege wie den Herrn Julius Meisl, der mit der Behauptung hauiert, daß unsere Nahrungsschwierigkeiten durch die niedrigen Produzentenpreise verursacht werden. Da Herr Meisl weitreichende Verbindungen hat, kann bei den Mitgliedern der Entente-Kommission die falsche Meinung aufkommen, daß eine Erhöhung der Preise die Aufbringung der Lebensmittel steigern und die Erhöhung der Ententezuschüsse entbehrlich machen würde. Gegen diese grundsätzliche Darstellung unserer Verhältnisse, die nur freihändlerische Eigenbrötlei erfinden kann, muß entschiedene Verwahrung eingelegt werden. Wir haben in Deutschösterreich bis 19. März 1919 161.424 Tonnen Brotgetreide ausgebracht. Im gleichen Zeitraum des vorigen Jahres war die Ausbringung nur unerheblich größer. Wenn man in Betracht zieht, daß die Umwälzung die Tätigkeit der Ausbringungsorganisationen eine Zeitlang gehemmt hat und daß Requisitionen bisher nicht erfolgten, so ist dieses Ergebnis trotz des günstigeren Ausfalles der Ernte 1918/19 nicht besonders ungünstig. Allerdings mußte auf die Landwirte mit Prämien und Warenaustausch gewirkt werden, da Machtmittel nicht angewendet werden konnten.

Die Tatsache ist unbestreitbar, die Landwirtschaft Deutschösterreichs kann uns mit Brotgetreide nicht ernähren. Wir können, wenn wir den Viehstand halbwegs ernähren wollen, von der Landwirtschaft jährlich nur 200.000 Tonnen Brotgetreide erhalten, benötigten jedoch für die Nichtselbstverfoger, zu denen für einen beträchtlichen Teil des Jahres auch die Bauern in Steiermark, Tirol und Salzburg gehören, 630.000 Tonnen. Dabei ist die Brotmehlraktion mit 1600 Gramm, die Kochmehlraktion mit 500 Gramm wöchentlich veranschlagt. Das wäre eine Erhöhung der Brotmehlraktion um 700 Gramm und die Wiederherstellung der früheren Kochmehlraktion, das Mindestmaß einer Rationserhöhung, das mit Rücksicht auf die sonstige Lebensmittelknappheit unbedingt erforderlich ist. Die Versorgung der Kaffeeurrogaterzeuger und anderer Industrien ist nicht mitgerechnet. Wir brauchen also mindestens 53.000 Tonnen Brotgetreide monatlich und die Entente will uns vorläufig nur 45.000 Tonnen liefern. Da unsere Vorräte nahezu erschöpft sind, ist diese Menge durchaus unzulänglich. Auf die Mehlraktion der Schweiz kann man uns nicht stellen, da uns alle anderen Lebensmittel, insbesondere Reis, Kartoffeln, Fett und Fleisch, gleichfalls fehlen. Die Freigabe argentinischer Bezüge (30.000 Tonnen), die übrigens eine kaum zwanzigtägige Bedarfsdeckung darstellen und bestenfalls in zwei Monaten einlangen, ist doch keine ernsthafte Versorgungsmaßnahme. Ueberdies bereitet die Finanzierung dieser Bezüge große Schwierigkeiten. Da aber eine Erhöhung der Brot- und Mehlraktion

natürlicherweise für sofort begehrt wird, so muß darauf verwiesen werden, daß die Aufrechterhaltung der bisherigen Quoten eine Störung in der gleichmäßigen Versorgung in Niederösterreich und Steiermark herbeigeführt hat, da die unzureichenden Zuschüsse ein rechtzeitiges Einlangen der zugewiesenen Mehlmengen in einzelnen Industrieorten verhindert haben. Die Zulieferungen müssen mindestens vierzehn Tage vorher erfolgen, wenn die Austeilung der Rationen in den Landorten rechtzeitig erfolgen soll. Es ist zu hoffen, daß die vermehrten Zuschüsse in näherer Zeit die Verteilung der vollen Ration mehr oder weniger möglich machen werden, aber die Entente muß die Zulieferungen für Deutschösterreich erhöhen, wenn auch die Erhöhung der Brotmehlraktion möglich werden soll. In dieser Angelegenheit wird unausgesetzt verhandelt, hoffentlich mit Erfolg. Auf die Aufhebung der Blockade gegen Deutschösterreich sind für die nächste Zeit keine allzu großen Hoffnungen zu setzen, da über die Preiswilligkeit der bisher feindlichen und der neutralen Staaten keine Informationen vorliegen und die Frage der Valutierung der Kaufgeschäfte große Schwierigkeiten bereitet. Anbote in entbehrlichen Genussmitteln werden natürlich in Massen einlaufen, aber die für uns unentbehrlichen Lebensmittel, wie Getreide, Fett und Fleisch, werden ungleich schwerer zustande gebracht werden. Auch die Verfrachtung wird nicht leicht zu bewältigen sein, da wir an einem Schienenstrang hängen und außer der Triester Route alle anderen Verkehrswege durch die Unsicherheit der politischen Verhältnisse in den Grenzländern unbenutzbar werden können. Trotz allem wollen wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß es in absehbarer Zeit gelingen wird, unser Ernährungs-elend zu überwinden, wenn der Gedanke der Völkersolidarität wirksam bleibt und das Chaos vermieden wird.

Seit Mitte Jänner wurden von Italien geliefert 41.176 Tonnen Getreide, 1633 Tonnen Reis, 665 Tonnen Del, 1492 Tonnen Fettschmalz, 200 Tonnen Zitronen; von Amerika 1270 Tonnen Mehl. Das ist für einen Zeitraum von zwei Monaten durchaus unzulänglich.

Geradezu trostlos ist die Fleischversorgung in Wien. Eine fleischlose Woche löst die andere ab und trotz aller Verhandlungen mit Ungarn, Jugoslawien und Polen, trotz aller Konferenzen mit den Vertretern der deutschösterreichischen Länder will keine Besserung eintreten. Ungarn bewilligte uns in dieser Woche den Einkauf von hundert Rindern in Debenburg, eine Bagatelle, mit der nicht einmal die Spitäler versorgt werden können. Es muß offen ausgesprochen werden, daß Wien in der Fleischversorgung von den Ländern vollständig im Stich gelassen wird. Vom Juni 1918 bis Jänner 1919 haben nach Wien, in Fleisch umgerechnet, geliefert: Oberösterreich 15 Millionen, Steiermark 14 Millionen und Niederösterreich 4 Millionen Kilogramm. Im Februar ist die Auslieferung von Niederösterreich auf die Hälfte der durchschnittlichen Monatsmenge gesunken, die anderen Kronländer haben überhaupt nichts geliefert. Das ist ein unmöglicher Zustand. Es soll zugegeben werden, daß der Viehstand nicht unerheblich gesunken, daß namentlich eine Verschiebung im Altersaufbau des Viehstandes eingetreten ist, daß der Mangel an Kraftfutter die Viehmasse erheblich eingeschränkt hat und wir Vieh mit 100 Kilogramm Lebendgewicht schlagen müssen. Aber ein derart verheerendes Versagen der Viehaufbringung für Wien kann nicht mit der Unzulänglichkeit der Schlachtviehbestände begründet werden. Die Länder haben eine Fleischration, die wohl nicht überall das gleiche Ausmaß hat (20 bis 40 Kilogramm für die Woche), aber fleischlose Wochen gibt es nur in Wien. Dagegen wird in den Ländern sehr darauf geachtet, daß von den Getreide- und Fettzuschüssen der Entente zur Aufrechterhaltung der Brot-, Mehl- und Fettmehlraktion die entsprechende Quote angeliefert wird. Eine Ausnahme bildet nur Oberösterreich, das seine Brot- und Mehlraktion aus der eigenen Ausbringung deckt, Tirol und Salzburg, die Rugschliefer liefern könnten, wenn sie schon nicht Schlachtvieh abgeben könnten, sind wohl bereit, nach Tschecho-Slowakien Rugschliefer gegen Zucker zu tauschen, aber den Viehhaltungsländern Ober- und Niederösterreich Rugschliefer zu liefern fällt ihnen nicht ein. Der Länderpartikularismus schädigt uns mehr als der Boykott der Nationalstaaten der früheren Monarchie. Es macht den Eindruck, als ob sich die Schlachtviehaufbringung in den Ländern auf das Maß des eigenen, wenn auch eingeschränkten Bedarfes beschränken würde; an die Versorgung Wiens wird nicht gedacht. Das muß anders werden. Es muß eine Reichsfleischration festgelegt oder von der Viehaufbringung in den einzelnen Ländern ein bestimmter Teil nach Wien geliefert werden, so daß eine annähernd gleiche Fleischration für alle Konsumenten geliefert erscheint. Wenn wir schon Mangel leiden müssen, so soll dieser Mangel alle Staatsbürger in gleichem Maß treffen. Es ist schon zu verstehen, daß bei der überall unzureichenden Ernährung in den Ländern das Bestreben herrscht, sich zum Teil wenigstens an den Lebensmitteln schadlos zu halten, die im Lande aufgebracht werden. Aber diese Methoden führen zu einer für Wien unerträglichen Ungleichmäßigkeit der Versorgung, die in der Millionenstadt zu einer Katastrophe führen muß.

Wien gleicht gegenwärtig einer belagerten Festung. Die Länder sperren sich ab und die einzelnen Bezirke

Niederösterreich ahmen dieses Beispiel nach. Unter der Parole der Bekämpfung des Schleichhandels wird jede Ausfuhr aus den Bezirken unterbunden. Nicht allein Schleichhändlern, auch harmlosen Hamstern wird am Dorfende von Gendarmen oder anderen Organen, deren Legitimität oft nicht ausgewiesen ist, jede noch so geringe Menge an Lebensmitteln weggenommen, die Verwendung dieser konfiszierten Lebensmittel steht unter keiner zureichenden Kontrolle. Wenn Wiener Händler aus den anderen Nationalstaaten Vieh schmuggeln, wird es ihnen auf dem Wege in den viehreichen Landbezirken Niederösterreichs weggenommen, so daß auch diese Möglichkeit der Besserung der Wiener Approximationsverhältnisse erschüttert wird. Bringt jemand trotz aller Fährlichkeiten Lebensmittel nach Wien, so riskiert er die Wegnahme im Bahnhof.

Es ist durchaus richtig, daß die Schleichhändler und Hamsterei durch das Anbot höherer Preise die Landwirte korrumpieren und ihre Lieferungswilligkeit herabsetzen, aber insofern die staatliche Bewirtschaftung nicht Rationen ermöglicht, die ausreichen, das nackte Leben zu fristen, wird der unüberwindliche Zwang zu Hamstereien nicht zu unterdrücken sein. Wenn die Hamsterei toleriert wird, besteht natürlich die Gefahr, daß sich Schleichhändler der Helfer bedienen, um in kleinen Partien eine größere Menge von Lebensmitteln nach Wien zu bringen. Dieser Gefahr wäre vorläufig durch Ausgabe von Legitimationen an zuverlässige Personen zu begegnen, die dadurch legitimiert würden, eine bescheidene Menge an Nahrungsmitteln in der Woche einzuführen. Gränzliche Abhilfe könnte nur geschaffen werden, wenn die Ausgabe reichlicherer Rationen möglich, dann jeglicher Ausfuhrverlehr verboten wird und die Ausbringung bei den Landwirten reiflos durch örtliche Organisationen erfolgt. Das gegenwärtige Runterbunt an Maßnahmen, die von örtlichen, Bezirks-, Landes- und Bedarfsstellen durchgeführt werden, von denen eine mit der anderen im Widerspruch steht, ist unhaltbar. Das Opfer ist der Konsument, der nichts zu essen hat und dazu noch ständig schikaniert wird.

Es ist deshalb dringend geboten, im ganzen Reiche eine Organisation von Orts-, Bezirks-, Landes- und Reichs-Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten aufzurichten, der die Ausbringung und Verteilung der Lebensmittel nach einheitlichen Grundsätzen überantwortet wird. Wenn nicht bald Ordnung gemacht wird, gehen wir an diesem Chaos zugrunde. Jeder Orts- und Länderseparatismus führt zur Anarchie.

Die Länder müssen Vieh schicken.

In einem Aufsat an die landwirtschaftliche Bevölkerung teilt der Bundeskulturrat für Kärnten folgendes mit:

Von den Staatsämtern für Landwirtschaft und Volksernährung in Wien ist an alle deutschösterreichischen Länder ein dringlicher Hilferuf wegen der entsetzlichen Fleischnot in Wien ergangen. Wenn die Fleisch- und Viehanlieferung noch weiter ausbleibt, würde die bisherige Verteilung der Ententeleistungen an Mehl, Kondensmilch und Fett an die Länder Deutschösterreichs nicht aufrecht erhalten, sondern müßten die gesamten Ententeleistungen zum Ersatz für das mangelnde Fleisch in Wien beansprucht werden. Der monatliche Mindestbedarf Wiens an Schlachtvieh beträgt 3000 Stück. Auf dieses Kontingent soll Kärnten 500 Stück liefern. Auf diesen Notruf hat die Landesorganisation verfügt, daß die erbetenen 500 Stück nach Wien zu liefern sind. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit, der Stadt Wien in ihrer Not nach Möglichkeit beizustehen und die für Kärnten unentbehrlichen Mehl- und Fettzuschüsse der Entente nicht zu gefährden. Um einen vollständigen Zusammenbruch unserer Ernährung, der in seinen Auswirkungen auch für das flache Land verberlich werden müßte, zu vermeiden, ergeht an die Landwirte die eindringliche Mahnung, ihren Ablieferungspllichten willig nachzukommen und das schwere Opfer, das von ihnen gefordert wird, auch noch in den letzten Monaten der Uebergangszeit zu bringen.

Es wird schließlich mitgeteilt, daß ein Teil der von Wien erbetenen Menge auch durch Pferdefleisch ersetzt werden könnte, wovon in Klagenfurt rund 800.000 Kilogramm und in Villach 80.000 Kilogramm lagern.